

No. 449. (XXX.) nung durch die Königliche Regierung Ideengängen begegnen, welche weit weniger den Wunsch nachweisen, die unerwünschten Stipulationen des Vertrags durch bessere zu ersetzen, und demselben nach Eintritt solcher etwaigen Modificationen zuzustimmen, als vielmehr die bestimmte Abneigung documentiren, überhaupt einem Vertrage vor Regelung der handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich zuzutreten, somit vor dem Eintritt von Voraussetzungen, welche nicht nur an und für sich ein Aufgeben des Zollvereins zu Gunsten einer weiteren Zolleinigung mit Oesterreich enthalten, sondern auch nach Lage der Interessen eine fernere Erneuerung des Zollvereins nach Auffassung der Grossherzoglichen Regierung ernstlich zu bedrohen scheinen.

Gleichwohl schöpfen wir gerne aus dem Satze der Note vom 8. August die Hoffnung, dass die Einsicht, es werde durch definitive Auflösung des Zollvereins auch das Baierische Interesse gefährdet, bei der Königlichen Regierung mächtig genug sein wird, um ein Zurückkommen von dem gefassten Entschluss nicht auszuschliessen, wenn es auch ihr nicht mehr zweifelhaft sein kann, dass eine Ablehnung des Vertrags in der That einer Auflösung des Zollvereins gleichkommt. — Wir geben uns der Erwartung hin, dass die Königliche Regierung an der Stelle einer unbedingten Ablehnung dann den Weg betreten wird, die Bedingungen zu bezeichnen, unter denen sie dem Vertrage zutreten würde. — Es könnte allseitigem Zusammenwirken dann vielleicht gelingen, einzelnen derselben eine Aufnahme in den Vertrag etwa in einem Supplementar-Protokoll zu sichern und würde es der Grossherzogl. Regierung zur besonderen Befriedigung gereichen, könnte sie dazu mitwirken, den Wünschen der Königlichen Regierung in dieser Richtung unterstützend zur Seite zu treten.

Wir haben, indem wir diese Erwartung aussprechen, nicht etwa umfassende Veränderungen des Tarifs im Auge. — Diesen betrachten wir als feststehend und müssen ihn auch nach dem Urtheile der Sachverständigen in fast ganz Deutschland als der Zollvereins-Industrie vorthellhaft erkennen. — Indessen legen wir besonderen Werth darauf, das Zeugniß abgeben zu können, dass eine sorgfältige Prüfung seiner Wirkung auf die Industrie und den Wohlstand des Grossherzogthums nicht etwa den selbstverständlichen Vortheil von Consumenten und als Gegensatz die Benachtheiligung der Producenten, sondern vielmehr die Aussicht auf bedeutenden Gewinn für die weitaus zahlreichsten Productionszweige ergeben hat. — Die Möglichkeit der nachträglichen Aufnahme einzelner Modificationen auch in Betreff des Tarifes könnte demungeachtet unseres Ermessens von Seiten der Regierungen, welche sich beschwert finden, immerhin in Erwägung gezogen werden und schiene uns die Geltendmachung entsprechender Forderungen der unbedingten Ablehnung jedenfalls vorausgehen zu müssen.

Wohl sind andere Bedingungen nicht ausgeschlossen und von grösserer Erheblichkeit. — Eine derselben nach Kräften zu unterstützen, sind wir gern bereit. Es wäre dies das Verlangen, dass zum Deutschen Bunde gehörige Gebietstheile eine begünstigende Behandlung sollen erfahren können, ohne dass die Verpflichtung einer Generalisirung dieser Begünstigung ipso jure für alle meistbegünstigten Staaten eintrete. — Würde es der Königlichen Regierung gefallen,

der vermittelnden Stellung getreu, welche wir so oft in der Lage waren, seitens No. 449. (XXX.) derselben in ernstestem Conflict deutscher Angelegenheiten mit aufrichtigster Befriedigung anzuerkennen, wir würden eine solche Entschliessung als eine patriotische That begrüßen, welche die grosse, durch die unbedingte Ablehnung herbeigeführte Gefahr wieder zu beseitigen im Stande wäre.

Baden,
1. Sept.
1862.

Diese Gefahr liegt uns aber nicht etwa allein in der fast zur Gewissheit gesteigerten Wahrscheinlichkeit der Auflösung des Zollvereins und der darin liegenden politischen Zerreissung des Vaterlandes. Sie liegt vor Allem in dem Umstande, dass mit dem Scheitern des Vertragswerkes Deutschland einem materiellen Nachtheil ausgesetzt bleibt, der sich für die Gesamtheit unserer Industrie jährlich auf vier bis fünf Hundert Millionen berechnet, für den Einzelnen aber durch Vertheuerung der gerade den erwerbenden Klassen unentbehrlichsten Waaren einer Erhöhung, deren Steuerlast um mindestens dem doppelten und auch mehrfachen Betrag gleichkommt.

Ohne auf die keines besondern Nachweises bedürftige Untersuchung dieses die Consumenten unvermeidlich treffenden Nachtheils einzugehen, darf der Beweis des behaupteten, wenn gleich fast unberechenbaren und in obiger Summe wahrscheinlich unterschätzten Verlustes unseres Volkswohlstandes im Falle des Scheiterns des Vertrags in drei Richtungen angedeutet werden.

Der Zollverein verliert den grösseren Theil seines Exportes an Industrieproducten nach den durch Verträge geeinigten Gebieten England, Belgien, Frankreich mit deren Colonien.

Der Zollverein verliert den Vortheil des wohlfeileren Bezugs aller Artikel, für welche die Eingangszölle im Verträge herabgesetzt sind, und kann denselben keineswegs durch einseitige Tarifrevision sich verschaffen, weil er dieselbe so lange nicht eintreten lassen kann, als die übrigen Staaten ihm nicht Concessionen gemacht haben, welche denen des Handelsvertrags ungefähr gleichkommen. Im Gegentheil dürfte der Zollverein, um sich solche zu verschaffen, zunächst auf den Weg differentieller Behandlung dieser Staaten wider Willen sich gedrängt sehen und damit genöthigt sein, sich sogar noch eine Preissteigerung der meisten Waaren aufzulegen.

Endlich verliert unsere Industrie den vollen Arbeitsverdienst, den dieselbe in den Jahren bis zu Ablauf der Zollvereinsverträge unter Herrschaft des Handelsvertrages und des damit gesicherten Zollvereins gemacht haben würde, und welchen sie nun bei der vollkommenen Unsicherheit der commerciellen Verhältnisse des Zollvereins und der dadurch herbeigeführten Lähmung industrieller Unternehmungen innerhalb und nach Ablauf der Zollvereinsverträge nicht macht.

Dass gegenüber dieser ungeheuern, alle Theile treffenden Verluste die Berücksichtigung der nach unsern Untersuchungen grösstentheils unbegründeten Klagen einzelner weniger Industriezweige nicht eintreten darf, deren entgehender Gewinn nicht so viele Millionen beträgt als Hunderte von Millionen im Falle einer Ablehnung der Verträge und Auflösung des Zollvereins verloren gehen, bedarf gegenüber einer volkswirtschaftlich so einsichtigen Regierung wie die königlich bayerische keine weitere Ausführung.

Je zuversichtlicher wir uns der Erwartung hingeben, es werde die noch-

No. 449. (XXX.)
Baiern,
1. Sept.
1862.

malige Erwägung aller dieser Momente dieselbe dann zu einer veränderten Stellung zu der ganzen Angelegenheit hinführen, um so weniger dürfen wir die Pflicht versäumen, uns mit der vollkommensten Offenheit in Betreff unserer eigenen Stellung in der ungünstigsten Eventualität des Gegentheils, des Beharrens bei unbedingter Ablehnung, auszusprechen.

Wir haben auch für diese unsere Entschliessungen gefasst, und wollen mit denselben gegen die königliche Regierung nicht zurückhalten, damit daraus das Bild der künftigen Lage klar hervorgehe, unter welchem zu handeln sein wird.

Wir glauben nicht, dass eine Frage, wobei es sich um Wohl und Wehe von Millionen, um die handelspolitische Zukunft Deutschlands und um die Erhaltung des nationalen Verbandes des Zollvereins handelt, in einem der Ueberzeugung und den Interessen der Gesamtheit entgegengesetzten Sinne entschieden werden könnte, ohne die gefährlichsten Folgen für Bestand und Wohlergehen des gegenwärtigen politischen Systems Deutschlands und sogar der Selbstständigkeit seiner Staaten.

Deshalb scheint uns, dass eine höhere Instanz zu Entscheidung dieser Frage, in die sich unseligerweise die politischen Gegensätze und Parteileiden-schaften eingedrängt haben, gesucht und gefunden werden muss, und wir geben der Erwägung der königlichen Regierung anheim, ob solche nicht etwa in einem, aus allen Vertretungen nach Analogie der von einzelnen und auch von der königlich baierischen Regierung vorgeschlagenen Delegirten-Versammlungen zu bildenden freilich mit entscheidender Stimme auszurüstenden Zollparlamente sich bieten würde.

Seiner Entscheidung — wir sind es gewiss — könnten dann auch alle dissentirenden Regierungen sich mit Beruhigung unterwerfen und in seinem nach sorgfältiger Prüfung gegebenen Verdichte auch die sich bedroht glaubenden einzelnen Industriellen den Ausspruch des nationalen Gewissens über das wahre Wohl des Ganzen erkennen.

Müssten wir bei etwaiger Erfolglosigkeit auch dieses Auskunftsmittels in der ernstesten Katastrophe einer Auflösung des Zollvereins das Wohl des Landes und der unserer Pflege anvertrauten Interessen berathen, so werden wir allerdings auch für diese schlimmste Wendung unsere Entschlüsse fassen müssen. Es genügt für jetzt aber anzudeuten, dass wir dabei am wenigsten an einen uns von unserem natürlichen Verkehrswege, dem Rheine, abschliessenden Anschluss an einen andern Zollverband denken, sondern dass wir vorziehen müssten, uns der vollen Vortheile unserer geographischen Lage zu selbstständiger Ordnung unserer Verhältnisse zu bedienen.

Ich ersuche Euere Hochwohlgeboren, dem königlichen Herrn Minister des Aeussern Kenntniss dieser Depesche unter gleichzeitiger Mittheilung der beiliegenden Abschrift zu geben und den Wunsch auszusprechen, es möge dem Freiherrn von Schrenck gefällig sein, Euere Hochwohlgeboren mit einer Rückäusserung darüber zu versehen, ob wir die Hoffnung festhalten dürfen, die königliche Regierung den angedeuteten Weg der Ausgleichung widerstreitender Standpunkte

betreten zu sehen, und ob sich dieselbe mit dem Vorschlag, eventuell einem Zoll-^{No. 449. (XXX.)}parlament die letzte Entscheidung anheim zu geben befreunden könnte.

Baden,
1. Sept.
1862.

Hochachtungsvoll verharrend

Roggenbach.

Freiherrn von Berkheim, München.

No. 450. (XXXI.)

BADEN. — Min. d. Ausw. an die grossherzogl. Gesandtschaft in Wien. —
Erklärung über die österreichischen Zolleinigungsvorschläge. —

Carlsruhe, den 1. September 1862.

Hochwohlgeborener Freiherr! — Der k. k. Geschäftsträger Herr von^{No. 450. (XXXI.)}Pilat hat mir seiner Zeit Mittheilung der unter dem 10. Juli d. J. ergangenen Depesche des k. k. Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gemacht, welcher als Anlage die Eurer Hochwohlgeboren bekannten Vorschläge wegen Herstellung eines deutsch-österreichischen Zollbundes beigefügt waren. —

Baden,
1. Sept.
1862.

Die kaiserliche Regierung befürchtet in dieser Depesche, dass der Hauptzweck des deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsvertrages vom 19. Februar 1853 als vereitelt betrachtet werden müsste, wollte der deutsche Zollverein sich den projectirten Handelsvertrag mit Frankreich aneignen, und erklärt sich dadurch genöthigt, dieser ungünstigen Wendung der Dinge eine andere, die eines raschen und entscheidenden Schrittes zum Ziele einer deutsch-österreichischen Zolleinigung gegenüberzustellen.

Das kaiserliche Cabinet hat zu diesem Ende seine Entschlüsse rasch gefasst und ist mit Vorschlägen hervorgetreten, als deren Wesen die Depesche schon jetzt den Abschluss eines Präliminar-Vertrages behufs Gründung eines den Kaiserstaat und das Zollvereinsgebiet umfassenden Handels- und Zollbundes bezeichnet. — Es wird hinzugefügt, dass die kaiserliche Regierung bereit sei, um diesen grossen Bund zu ermöglichen, den Tarif und die Einrichtungen des Zollvereins anzunehmen, soweit letzterer sich nicht mit ihr über eine zeitgemässe Revision derselben einigen würde.

Diese Vorschläge des kaiserlichen Cabinets finden ihre Begründung ausser in dem Wunsche, eine Lockerung der bestehenden Bande zwischen Oesterreich und den Staaten des Zollvereins möglichst zu vermeiden, insbesondere auch durch die Aufstellung, dass den Bedürfnissen eines allgemein wirthschaftlichen Fortschrittes, welche zu dem Abschluss des Handelsvertrags mit Frankreich geführt haben, durch die österreichischen Vorschläge in vollem Masse genügt, dabei aber gleichzeitig die nationalen Interessen gewahrt blieben. —

Schliesslich suchen diese Vorschläge in der Bezugnahme auf die im Vertrag vom 19. Februar 1853 ausgesprochene Bereitwilligkeit der Contrahenten, bis zum Jahre 1860 auf Verhandlungen behufs Herbeiführung einer Zolleinigung einzugehen, einen rechtlichen Anhalt für die Anschauung, dass dem Anerbieten Oesterreichs, mit Ausschluss der Frankreich gegenüber eingegangenen Vertragsverhältnisse der Vorrang in der Discussion, wie die Priorität des Anspruchs auf Berücksichtigung gebühre. —

No. 450. (XXXI.)
Baden,
1. Sept.
1862.

Die grossherzogliche Regierung hat diese Mittheilung der k. k. Regierung mit dem Ernste und der Gewissenhaftigkeit geprüft, wie solche einerseits dem Werthe angemessen sind, welcher denselben von Seiten einer verbündeten Regierung beigelegt wird, und welche andererseits der Bedeutung der Interessen entspricht, welche bei der einen oder anderen Entscheidung für unser Land, die Wohlfahrt unseres Volkes und die Zukunft der nationalen Schöpfung des Zollvereins in Frage kommen. —

Was den Wunsch des k. k. Cabinets betrifft, dass von Seite des Zollvereins sofort in die vorgeschlagenen Verhandlungen eingetreten werden möge, vor dass der mit Frankreich Namens aller Zollvereins-Regierungen abgeschlossene Vertrag ratificirt worden sein würde, so müssen wir bedauern, dass die Anträge der k. k. Regierung nicht in einem Zeitpunkte gemacht worden sind, in welchem der für dieselben beanspruchte Vorrang sich durch den Umstand von selbst ergeben hätte, dass die Verhandlungen mit Frankreich noch nicht aufgenommen waren. — Nachdem dies geschehen, war es unzweifelhaft vor der Paraphirung der Verträge geschäftlich unthunlich, während des Laufes einer Verhandlung gleichzeitig eine zweite aufzunehmen, welche die Grundlage der ersteren wesentlich zu verändern drohte. — Nicht minder war dafür nach erfolgter Paraphirung für alle Zollvereins-Regierungen, welche das Mandat zu diesen Unterhandlungen ertheilt hatten und in deren Namen sie geführt worden waren, so lange eine formelle Unmöglichkeit geschaffen, bis nicht etwa durch definitive Ablehnung einzelner Zollvereinsstaaten der Gesamtheit ihre freie Wahl wiedergegeben, oder bis sich nicht herausgestellt haben würde, dass frühere Vertragsverhältnisse mit Oesterreich den Abschluss des Vertrags mit Frankreich unmöglich machten. —

Die grossherzogliche Regierung, welche ihren Kammern gegenüber, unter Hinweisung auf die für das Land daraus erwachsenden wirthschaftlichen Vorthelle, die Absicht ihrer Zustimmung zu dem Vertrag mit Frankreich ausgesprochen, fand sich in ihren Entschlüssen nur um so mehr gebunden, und wie wichtig die Veränderung der Sachlage dadurch geworden sein mochte, dass die kaiserliche Regierung abweichend von früheren Erklärungen nunmehr einen Zollbund anbot, so durfte sie sich nicht für berechtigt halten, selbst bei der Annahme zu hoffender grösserer Vorthelle, sich bereits bestehenden, mit ihrer Vollmacht übernommenen Vertragsverhältnissen zu entschlagen. —

In dieser Lage der Dinge habe ich gezögert, unsere Erwiderung auf die Aufforderung der kaiserlichen Regierung abgehen zu lassen, vor dass eine bestimmte Wendung der Angelegenheit, sei es durch allseitige Annahme der Verträge eingetreten, oder durch definitive Ablehnung einzelner Regierungen umgangen werden konnte, auf so wichtige materielle Anerbietungen mit bloss formellen Ablehnungsgründen zu antworten.

Nachdem nunmehr die Erklärungen der beiden Regierungen von Baiern und Württemberg vorliegen, so ist allerdings auch den Regierungen, welche bereits ihren Beitritt erklärt hatten, freie Hand geschaffen, allein nachdem die inzwischen erfolgte Rückäusserung Preussens keinen Zweifel mehr lässt, dass eine solche definitive Nichtannahme der Auflösung des Zollvereins gleichkäme, so fällt es uns

schwer, in den Entschlüssen der beiden Regierungen die Absicht der Endgültig-^{No. 450. (XXXI.)}keit zu finden, welche allein uns zur Zeit schon berechtigen würde, von dem Scheitern des Vertrages als von einer Thatsache auszugehen. — Auch können wir uns nicht verhehlen, dass selbst im Falle wir genöthigt würden, in den Erklärungen beider Regierungen die definitive Entscheidung anerkennen zu müssen, nunmehr die Complication geschaffen ist, dass der Contrahent, mit welchem die Gründung eines engeren Zollbundes versucht werden soll, der „Zollverein“, aufgehört hat, mit seiner Existenz rechnen zu können. —

Baden,
1. Sept.
1862.

Aus diesem Stande der Sache ergiebt sich mit Bestimmtheit, dass die Voraussetzung des Eintretens in Verhandlungen über die Vorschläge des kaiserlichen Cabinets nur noch die vorgängige allseitige Annahme der Verträge vom 2. August bilden kann, oder dass dieselbe überhaupt nicht mehr für die Form, in welcher das Anerbieten gestellt, vorhanden ist.

Die grossherzogliche Regierung, welche den Anspruch der kaiserlichen Regierung, auf Grund des Vertrages von 1853 in Verhandlungen über Herbeiführung einer grösseren handelspolitischen Annäherung an den Zollverein einzutreten, als voll begründet anerkennt, ist ihrerseits, wie mannigfach auch die Schwierigkeiten sind, welche sie für einen gedeihlichen Fortgang solcher Verhandlungen voraussieht, bereit, deren Eröffnung zuzustimmen, würde diese einzige übrig bleibende Eventualität eingetreten sein, für welche sie noch angezeigt sind. — Ist zunächst das dringende und unaufschiebbliche Bedürfniss befriedigt, welches alle im Zollverein vertretenen Staaten zur ersten Ermächtigung Preussens, einen Handelsvertrag mit Frankreich zu verhandeln, gedrängt hat, so würden wir mit wahrer Befriedigung sein grosses und heilsames, unzweifelhaft alle europäische Staaten ergreifendes handelspolitisches Princip auch in den Verkehrsbeziehungen Oesterreichs und des Zollvereins wirksam werden sehen.

Auf diesem Boden sich mit der kaiserlichen Regierung begegnen zu können, wird nicht aufhören Gegenstand unserer Bemühungen zu sein, und hoffen wir durch dieselben zu beweisen, wie strenge wir es mit den aus dem Vertrage von 1853 hervorgehenden Verpflichtungen nehmen.

Um aber dahin gelangen zu können, muss unser ganzes Streben zunächst auf Erhaltung des Zollvereins selbst, und somit auf allseitige Genehmigung des Handelsvertrags gerichtet bleiben.

Wir thun es aber mit um so grösserer Beruhigung, als aus der erklärten Bereitwilligkeit des kaiserlichen Cabinets auch auf Grund eines zu revidirenden Tarifes eine grössere Einigung mit dem Zollverein zu suchen, die Hoffnung geschöpft werden darf, dass damit das Mass der dem Handelsvertrag zu Grund liegenden Tarifessätze ihrem wesentlichen Inhalte nach nicht ausgeschlossen sein würde.

Wir können darum auch die Befürchtung nicht theilen, es würde durch Abschluss des französischen Handelsvertrages der Hauptzweck des deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsvertrages vom 19. Februar 1853 gefährdet werden. — Das materielle Wohlbefinden der beiden grossen handelspolitischen Körper, welche in demselben sich näher traten, und welches den Hauptzweck der getroffenen Verabredungen bildete, würde nur dann gefährdet, wenn einem der Theile

No. 450. (XXXI.) das Opfer freien Mitwerbens auf dem grossen Weltmarkte auferlegt werden sollte.
Baden,
1. Sept.
1862. — Wie der Zollverein sich nicht die Möglichkeit dazu, durch den Versuch, seinen alten Tarif zu behaupten, verscherzen kann, so wird die weit fortgeschrittene Industrie des Kaiserstaates am wenigsten von uns zu ihrer eigenen Unterstützung Forterhaltung von schützenden Tarifsätzen verlangen können, welche sie selbst in der That besser entbehren würde.

Auch von der Grundlage des Handelsvertrages aus kann einer Lockerung der bestehenden Bande zwischen Oesterreich und den Staaten des Zollvereins vorgebeugt werden. Dass die grossherzogliche Regierung gerne dazu bereit ist mitzuwirken, davon wird der k. k. Herr Minister des Aeussern sich aus einem Anerbieten überzeugen, welches wir an die königlich baierische Regierung in der abschriftlich anliegenden Depesche haben gelangen lassen und wodurch wir unsere Mitwirkung zusagen, um für die zum Deutschen Bunde gehörigen Gebietstheile die Zulässigkeit wechselseitiger begünstigender Behandlung ohne Verpflichtung sofortiger Generalisirung dieser Begünstigung zum Besten aller meistbegünstigten Staaten, nachträglich zu stipuliren.

Damit glauben wir zugleich der kaiserlichen Regierung den Beweis geliefert zu haben, dass unserem Festhalten am Vertrage und unserer Ablehnung vor seiner allseitigen Sicherung, bei Verhandlungen auf Begründung eines Zollbundes mitzuwirken, jeder politische Hintergedanke fern liegt und wir nur dem Gebote der zwingenden Verhältnisse und gebieterischen Interessen folgen.

Bei der entscheidenden Wichtigkeit, welche die Vorfrage gewonnen hat, ob in Verhandlungen eingetreten werden kann, darf, nachdem wir dieselbe verneinen mussten, Umgang genommen werden, auf den materiellen Theil der Vorschläge des kaiserlichen Cabinets einzugehen. Der Augenblick dazu wird gekommen sein, wenn, wie wir hoffen, die kaiserliche Regierung dieselben auch für die Voraussetzung des Zustandekommens des Handelsvertrages aufrecht erhalten würde.

Ich ersuche Eure Hochwohlgeboren, Seiner Erlaucht dem Herrn Grafen von Rechberg Kenntniss dieser Depesche unter gleichzeitiger Mittheilung einer Abschrift derselben und ihrer Anlage zu geben. —

Hochachtungsvoll verharrend

Roggenbach.

Freiherrn von Edelsheim, *Wien.*

No. 451. (XXXII.)

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Wien. — Erwiderung auf die österreichische Depesche vom 21. August 1862. —

Berlin, den 19. September 1862.

No. 451. (XXXII.)
Preussen,
19. Sept.
1862.

Hochwohlgeborener Freiherr! — Graf Chotek hat mir die abschriftlich hier ganz ergebenst beigefügte Depesche des Herrn Grafen von Rechberg vom 21. v. M. mitgetheilt, worin der kaiserlich österreichische Herr Minister der

auswärtigen Angelegenheiten meinen Erlass an Eure Excellenz vom 6. August No. 451. (XXXII.) beantwortet.

Preussen,
19. Sept.
1862.

Indem Oesterreichischer Seits in diesem Schriftstücke die Ansicht ausgesprochen wird, dass die obschwebende Meinungsverschiedenheit sich gegenwärtig auf die Wahl des angemessenen Zeitpunktes zum Eintreten in die von Oesterreich beantragten Verhandlungen beschränke, wird es zugleich für unzweifelhaft feststehend erachtet, dass der Zollverein den Vertrag mit Frankreich verwerfe. Aus diesen beiden Prämissen folgert der Herr Graf von Rechberg, dass kein Grund mehr vorliege, welcher uns von dem Eintreten in die von Oesterreich beantragten Verhandlungen über einen Handels- und Zollbund zurückhalten könne, und er erneuert deshalb den Antrag auf Eröffnung dieser Verhandlungen. Wir vermögen uns dieser Auffassung jedoch nicht anzuschliessen.

Auf die Darlegung der zwischen uns und Oesterreich in der Zollangelegenheit zu meinem lebhaften Bedauern obwaltenden sachlichen Meinungsverschiedenheiten glaube ich hier verzichten zu dürfen. Auch der kaiserliche Herr Minister hat, von allen Einwendungen gegen den Inhalt meiner Depesche vom 6. v. M. absehend, nur den Zeitpunkt für die Eröffnung der im Art. 25 des Vertrages vom 19. Febr. 1853 in Aussicht gestellten Verhandlungen zum Gegenstand der Erörterung gemacht.

Wie ich bereits dem Herrn Grafen von Chotek mündlich erwidert habe, betrachten wir die Verträge vom 2. August keineswegs als gescheitert. Allerdings haben uns, seit meiner Depesche vom 6. v. M., zwei Vereinsregierungen ihre Gründe gegen die Zustimmung zu diesen Verträgen mitgetheilt. Es ist indessen nicht das erste Mal, dass die Angemessenheit einer grossen handelspolitischen Massregel von den einzelnen Vereinsregierungen in verschiedenem Sinne aufgefasst wird, und es würde nicht das erste Mal sein, wenn es gelänge, diese Meinungsverschiedenheiten im Wege weiterer Verhandlung auszugleichen. Wohl aber wäre es das erste Mal, wenn schon das Hervortreten einer Meinungsverschiedenheit als gleichbedeutend mit der Verwerfung der Massregel, auf welche sie sich bezieht, aufgefasst würde. Einer solchen Auffassung, welche die Möglichkeit jeder Entwicklung in der Gesetzgebung des Zollvereins verneinen würde, dürfen wir nicht Raum lassen. Wir glauben auch ferner, den durch meine Rückäusserungen nach München und Stuttgart betretenen Weg inne halten zu müssen, einen Weg, welcher in Angelegenheiten verwandter Art sich als ein dem Interesse des Zollvereins und dem Verhältniss der einzelnen Vereinststaaten zu einander entsprechender bewährt hat.

Bei dieser Sachlage sind die Gründe, aus welchen wir früher den Zeitpunkt für die Eröffnung der Verhandlungen mit Oesterreich noch nicht für eingetreten erachteten, auch heute noch vorhanden. Da der Herr Graf von Rechberg es in Abrede stellt, dass es der kaiserlichen Regierung in den Sinn gekommen sei, das Recht der Bestimmung dieses Zeitpunktes ausschliesslich für sich in Anspruch zu nehmen, so wird es ihn nicht überraschen, wenn wir auch jetzt Bedenken tragen, in die Verhandlungen einzutreten.

No. 451. (XXXII.)

Preussen,
19. Sept.
1862.

Eure Excellenz ersuche ich ergebenst, sich nach Inhalt des Vorstehenden gegen den kaiserlichen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten äussern und demselben Abschrift dieser Depesche mittheilen zu wollen.

Empfangen etc.

Bernstorff.

Freiherrn von Werther, Wien.